

## Rede der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan 2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, verehrte Bürgerinnen und Bürger.

Wie in jedem Jahr steht heute wieder eine große und sehr wichtige Entscheidung auf dem Plan: Die Verabschiedung des Haushaltes für das laufende Jahr.

Zunächst einmal möchten wir uns bei unserem Kämmerer Dirk Raddy und seinem Team bedanken, die den Haushalt in mühseliger Kleinarbeit auf den Weg gebracht haben und diesen unserer Fraktion präsentiert, erläutert und für Fragen zur Verfügung gestanden haben. Herzlichen Dank!

Inhaltlich folgende Anmerkungen bzw. Feststellungen:

Der Haushaltsplan schließt auch in diesem Jahr wieder, mit einem Defizit von ca. 1,65 Mio. € ab. Auch wenn wir wissen, dass wir sehr von äußeren Einflüssen, wie dem Gewerbesteuer- oder Einkommensteueraufkommen oder der Kostenerstattungen für Flüchtlinge abhängig sind und einen sehr hohen Anteil der Ausgaben nicht beeinflussen können, gibt es durchaus Möglichkeiten, Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen oder sich Gedanken zu machen, ob Investitionen nicht gestreckt oder in andere Haushaltsjahre verschoben werden können. Auch auf Einnahmen und Zuschüsse wird verzichtet und damit falsche Prioritäten gesetzt. Nachstehend einige Beispiele:

- a) Unter dem Deckmantel „Bürgerbeteiligung“ an den Stadtwerken werden dem Haushalt nach Beschluss durch das Mehrheitsbündnis aus SPD und WL in den nächsten 5 Jahren jährlich ca. 80.000 € entzogen, um potentiell wohlhabenden Kunden derzeit eine sehr gute Verzinsung ihres eingesetzten Kapitals zu ermöglichen. Dieses Geld fehlt im Haushalt und könnte der Haushaltskonsolidierung dienen.
- ...

b) Für den Kauf und die Entwicklung von Baugrundstücken für private Investoren sind 415.000 € im Haushaltsplan vorgesehen, was wir ablehnen, da es aus unserer Sicht nicht Aufgabe einer Kommune ist, mit Bauland zu handeln. Das können Makler und Banken mit ihren Fachleuten viel besser.

Was allerdings schon Aufgabe einer Kommune ist, dafür zu sorgen, dass genügend Bauland ausgewiesen wird, um die Baulandpreise auf einem angemessenen Niveau zu halten und damit für potentielle Käufer erschwinglich zu machen.

c) Musste für den städtischen Baubetriebshof, wie im letzten Jahr geschehen, eine sehr teure Kehrmaschine angeschafft werden. Diese Frage haben wir im letzten Jahr im HFA bei der Abstimmung über den Kauf gestellt. Damals wurde darauf verwiesen, dass diese Mittel im Haushalt vorgesehen seien und bei der Verabschiedung des Haushalts keine Einwände erhoben wurden. Das rechtfertigt aus unserer Sicht die Ausgabe noch lange nicht. Anschaffungen sind nur dann zu tätigen, wenn sie nachgewiesenermaßen notwendig sind, vor allem vor dem Hintergrund, dass das Geld nicht vorhanden ist. Auch in diesem Jahr sind für Investitionen des Baubetriebshofs wieder Ausgaben in Höhe von pauschal 200.000 € vorgesehen, die wir ohne ausführliche Begründung über die Notwendigkeit, ablehnen.

d) Weiterhin stellen wir uns die Frage, ob in diesem Jahr ein Feuerwehrfahrzeug für fast eine halbe Million € gekauft werden muss, auch wenn dies im Brandschutzbedarfplan ausgewiesen ist. Oder besteht auch die Möglichkeit, die Anschaffung zu verschieben. Ich kann mir aber schon vorstellen, wie die Antwort lautet: „Wenn wir uns nicht an die Vorgaben halten, müssen wir eine Berufsfeuerwehr installieren, die deutlich teurer ist.“ ...

Das „Totschlagargument“ in diesem Zusammenhang schlechthin.

Nach unserer Erkenntnis hat das vorhandene Fahrzeug zwar schon einige Jahre auf dem Buckel, ist aber voll funktionstüchtig. Wir müssen nicht immer auf dem neuesten Stand der Technik sein, wenn wir uns das nicht leisten können!

Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass wir die Arbeit unserer Feuerwehr schätzen und keine Einwendungen gegen wirklich notwendige Anschaffungen haben.

Weiterhin stellen wir uns die Frage, warum für solche Investitionen keine Rückstellungen gebildet werden, was sinnvoll und in der Privatwirtschaft üblich ist.

- e) Auch auf Zuschüsse über einen hohen fünfstelligen Betrag für die Erstellung eines Konzepts für eine Quartiersentwicklung wurde verzichtet, obwohl diese hätten nur abgerufen werden müssen. Aus Eitelkeit, weil der Vorschlag nicht vom Bürgermeister bzw. der ihn tragenden Mehrheit kam, wurde das Projekt und damit der Zuschuss abgelehnt!

Was ist eigentlich aus ihrem Vorhaben, ein Konzept zur „Quartiersentwicklung“ für die ganze Stadt incl. der Ortsteile aufzustellen, geworden? Man hört nichts mehr davon!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, besonders des Mehrheitsbündnisses aus SPD und WL, wir sagen hier ganz klar, dass wir dem hier vorliegenden Haushaltsentwurf so nicht zustimmen werden, weil hier aus unserer Sicht falsche Akzente gesetzt werden.

Wenn dieser Haushalt von einer großen Mehrheit dieses Rates verabschiedet werden soll, fordern wir die Zustimmung der in unserem Antrag vom 30.01.18 dargestellten Änderungen:

- 1) Auf den Ansatz von 415.000 € für den Erwerb und die Erschließung von Bauland für private Investoren zu verzichten. Eine ausführliche Begründung habe ich bereits dargestellt.
  
- 2) Für den Ausbau des 2. Teilabschnittes der Weingartenstr. 300.000 € im Haushalt zu berücksichtigen, da dieser Ausbau im Jahre 2013 mit großer Mehrheit durch SPD und CDU beschlossen wurde und endlich zum Abschluss gebracht werden muss. Auch der konkrete Bebauungsplan wurde bereits im Jahre 2015 mit der SPD verabschiedet. Der jetzige Ausbau macht nur dann Sinn, wenn konsequenterweise kurzfristig der nächste Bauabschnitt folgt, um die negativen Umwelteinflüsse durch ständiges Abbremsen und Beschleunigen an der Kehre zur Schützenstr. zu vermeiden und die direkte Anbindung des Innenstadtverkehrs an die B 239 zu ermöglichen. Um die Gegner des Ausbaus ist es ruhig geworden, da eine große aber stille Mehrheit diesen sinnvollen Ausbau befürwortet. Und an die Kolleginnen und Kollegen der SPD gerichtet: „Wir sollten der WL dieses Thema für den Wahlkampf 2020 nicht noch einmal gönnen!“

Ausreden, wie die hohen notwendigen Mittel für das Projekt „Westertor“ oder eine Arbeitsüberlastung der Bauverwaltung, wie vor dem 1. Bauabschnitt häufiger genannt, können wir nicht anerkennen. Beschlossene, sinnvolle Maßnahmen müssen Vorrang haben und zur Arbeitsbelastung der Bauverwaltung können wir nur sagen: „Wer Bauland kaufen und entwickeln kann, kann diese Ressourcen auch anderweitig einsetzen!“

- 3) Für Jugendarbeit fordern wir zusätzlich einen Ansatz von 15.000 € im Haushalt, um den neuen Träger des ehemaligen „Court5“ finanziell so auszustatten, um eine

erfolgreiche Arbeit an möglichst 7 Tagen in der Woche auf die Beine stellen zu können. Besonders wichtig dabei ist, dass neben deutschen und ausländischen Jugendlichen auch die „Problemfälle“ wieder entsprechend betreut werden können. Seit Schließung des „Court5“ im Frühjahr letzten Jahres haben diese keine echte Anlaufstelle mehr und halten sich in Objekten, wie Parkhäusern auf, die als Treffpunkt ungeeignet sind. Wenn die Stadt Lübbecke eine „eigene Jugendarbeit“ durchführen müsste, wären die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem nicht ausreichend.

- 4) Für die Integration von Flüchtlingen, besonders in der Unterkunft „Hausstätte“, fordern wir zusätzlich eine halbe Stelle für eine(n) Sozialarbeiter(in), zunächst befristet für 3 Jahre, einzurichten. Um der besonderen Situation in dem Übergangwohnheim, wo viele junge Männer unterschiedlicher Nationalitäten auf engstem Raum untergebracht sind, gerecht zu werden, ist es dringend notwendig, dort eine qualifizierte Kraft, möglichst an Nachmittagen, ständig vor Ort zu haben, um Konflikte im Keim zu ersticken und den Flüchtlingen Perspektiven, z. B. durch Vermittlung von Praktikantenstellen in heimischen Betrieben, aufzuzeigen. Diesen Weg praktizieren viele andere Städte und Gemeinden bereits länger mit Erfolg. Gelingt eine erfolgreiche Integration auf Dauer nicht, werden sich die Probleme häufen und uns sowohl gesellschaftlich aber auch finanziell deutlich stärker belasten.

Das war's auch schon. Diese Forderungen verursachen keine zusätzliche Belastung des Haushalts. Sie sind konsequent, ausgewogen und zukunftsorientiert.

Wir hoffen, dass wir Sie mit unseren Argumenten überzeugen können, Sie unseren Vorschlägen zustimmen und wir den Haushalt dann mit großer Mehrheit der hier anwesenden Ratsmitglieder verabschieden können.

Um in der Zukunft einer Haushaltskonsolidierung näher zu kommen schlagen wir vor, die Arbeitsgruppe, die sich mit diesem Thema bereits im Jahre 2016 beschäftigt hat, wieder zu aktivieren und fordern alle Fraktionen auf, sich daran zu beteiligen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Klaus Jürgen Bernotat

-Fraktionsvorsitzender  
der CDU im Rat der  
Stadt Lübbecke-